

Bezugsgebühr:

Die Redaktion der Dresdner Nachrichten...  
Hauptredaktion: Marienstr. 20, Dresden.

# Dresdner Nachrichten

Anzeigen-Card.

Erkennung von Anzeigen...  
Anzeigen-Card...  
Hauptredaktion: Marienstr. 20, Dresden.

Gegründet 1856.

Fri... Fra... Fragnia  
In seinen Tosen, rot und grün...  
Herausgeber: Franz Hermann Loebel, Dresden, Tel. I. 4716.

Hauptredaktion: Marienstr. 20, Dresden.

Hauptredaktion: Marienstr. 20, Dresden.

**Permanente Ausstellung**  
Brau-Ausstattungen u. Zimmer-Einrichtungen  
G. Ritter, Möbelfabrik, Marschallstrasse 3, Elbergr. Katalog gratis und franko.

**Unübertroffene Tonschönheit, grösste Dauerhaftigkeit**  
Steinheil-Pianos  
H. Ullrich, Pianofabrik, Johannestr. 20.

**Masken- und Theatergarderoben-Verleih-Institut**  
Max Jacobi Nachf. E. Müller & Co.  
Dresden-A., Galeriestr. 22, Fernsprecher Amt I, No. 8603

**Tuchwaren.** Grossartige Auswahl hoch aparter Neuheiten in deutschen u. engl. Qualitäten, streng solide Ware, ausserordentlich billige Preise.  
**C. H. Hesse Nachf., Marienstr. 20, 3 Raben.**

Nr. 17. Spiegel: Konfession. Partei u. die Denkschrift der Regierung. Walter Kaufmann, höhere Postbeamte. Mitwirkliche Bitterung: Zeitweise heiter, verändert. Sonntag, 17. Januar 1904.

### Die Wahlreform und die Konserwativen.

Zu der Denkschrift über die Wahlreform bringt das „Vaterland“, das Parteiorgan der sächsischen Konserwativen, einen längeren Artikel, und zwar von „beachtenswerter Konserwativer Seite“. Obwohl der Artikel den ausgesprochenen Charakter einer Parteikand-  
idation nicht besitzt und nicht besitzen kann, da ja, wie das „Vaterland“ bemerkt, von der Partei, beim Schweben der Verhandlungen in der konserwativen Fraktion, zu den Wahlreform-Vorschlägen der Regierung noch keine endgültige Stellungnahme vorliegt, so verdient er doch in der Tat Beachtung: denn er kommt aus der Mitte derjenigen Partei, die über die Mehrheit in der Zweiten Kammer verfügt, deren Auffassungen in prinzipieller Hinsicht auch in der Ersten Kammer überwiegen und die daher bei der Wahlrechtsfrage den Ausschlag zu geben hat. Ohne seine Bedeutung zu überschätzen, darf der Artikel immerhin als Stimmungs-  
symptom beurteilt und bewertet werden. Selbstverständlich läßt er nicht erkennen, nach welcher Seite die konserwative Partei schliesslich ihr Schwergewicht in die Waagschale der Entscheidung fallen lassen wird; er trägt vielmehr in seiner vorsichtigen und unparteiischen Fassung den parteitaktischen Gründen Rechnung, die es verbieten, die Partei in dem gegenwärtigen Stadium der Wahlreformbewegung nach irgend einer Richtung hin bereits festzulegen. Indes gestattet er doch einen Schluß sowohl auf den Grund, den die Denkschrift innerhalb der konserwativen Kreise, wenn auch nicht allenthalben, so doch an einer hervorragenden Stelle, erweckt hat, wie auf die Art der kritischen Behandlung, die zunächst die auf der Tagesordnung stehenden Reformvorschläge von jener „beachtenswerter Konserwativer Seite“, von der der Artikel herkommt, zu erwarten haben.

Hervorzuheben ist vor allem, daß der Artikel des „Vaterland“ den unbedingten Standpunkt der Regierung in der Denkschrift gegenüber nicht übertritt. Herr Dr. Dertel, der Führer des Bundes der Landwirte, ist in seiner Kritik der Regierungsvorschläge zu einem schliesslich ablehnenden Ergebnis gelangt, und er glaubte sich ausdrücklich darauf berufen zu können, daß diese ablehnende Haltung von maßgebenden agrarischen und konserwativen Kreisen in Sachsen geteilt wird. Auch die „Kreuzzeitung“ gab in ihren Auslassungen über die Denkschrift der Uebersetzung Ausdruck, daß es am besten sei, alles beim Alten zu belassen. Mit dieser Auffassung, die von den erwähnten publizistischen Wortführern der sächsischen Konserwativen befundet wird, stimmt der vorliegende Artikel des „Vaterland“ seiner ganzen Grundtendenz nach keineswegs völlig überein. Gewiß läßt sich nicht leugnen, daß auch dieser Artikel die an dieser Stelle von den „Dresdner Nachr.“ geäußerte Meinung vollst. bestätigt, daß die Regierungsvorschläge zur Wahlreform der Kritik einen sehr weiten Spielraum geben; es werden in dem Aufsatz des „Vaterland“ mannigfache und erhebliche Bedenken gegen diese Vorschläge ausgesprochen. Zum Schluß jedoch — und darin liegt seine politische Bedeutung — folgt der Artikel keine Stellungnahme dahin zusammen, daß die Denkschrift „einschließlich der Aeusserungen der Regierung zu den über das Wahlrecht bestehenden Tagesfragen als eine hervorragende Grundlage zum Eintritt einer Diskussion über diese Fragen“ zu erachten ist. Hierbei soll allerdings nicht übersehen werden, daß der Artikelschreiber dieses Endergebnis seiner Kritik wohl mit Absicht so gefast hat, daß dadurch nicht von vornherein die Möglichkeit ausgeschlossen wird, die Regierungsvorschläge könnten die Lösung der Wahlrechtsreform nicht herbeiführen, sie könnten sich somit wirklich als das „totgeborene Kind“, als welches sie Herr Dr. Dertel zu erkennen glaubt, erweisen; der Wille aber, der aus dem Artikel spricht, ist ohne Zweifel auf das Aufstehen kommen der Reform gerichtet. Enthält doch der letzte Satz des Artikels den Ausdruck der „Erwartung“, daß die Diskussion über das Wahlrechtsproblem, wenn sie auch in keiner Weise überleitet werden darf, Früchte zeitigen werde, die zum Segen des Vaterlandes ausfließen. Im wesentlichen also vertritt der Artikel des „Vaterland“ den Standpunkt der Beziehung der Wahlrechtsfrage: mit der Denkschrift wolle die Regierung ja nichts anderes bieten, als „Grundlinien“ einer Wahlreform; der Artikel begrüßt diese „Grundlinien“ sogar als eine „hervorragende“ Grundlage für die Erfüllung der von der Denkschrift gestellten Aufgabe.

Die überwiegend ablehnende Beurteilung, welche die Regierungsvorschläge in der Presse erfahren haben, vereint sich mit dem völligen Mangel positiver Vorschläge, die eine bessere Grundlage zur Lösung der Wahlrechtsfrage bieten könnten, als die Denkschrift. Dies betont auch der Artikel des „Vaterland“: „Trotzdem ein Vorschlag, konstatiert er, wie das Wahlrecht unter Erfüllung des weitverbreiteten Wunsches auf Vereinfachung der indirekten Wahlen gestellt werden sollte, ist von keiner Seite, der erste Schritt dahin dann des Näheren aus, inwiefern sein Urteil, daß sich die Denkschrift als eine hervorragende Grundlage der Wahlreform erweisen läßt, berechtigt ist. Das kombinierte System von Klassen- und Berufsgruppen wird nicht grundsätzlich verworfen. Eine gewisse Systemlosigkeit, wird bemerkt, wird und muß ihm anhaften. Anerkannt wird, daß die von der Regierung gemachten

Vorschläge im konserwativen Boden ruhen. Man knüpft an die bestehenden, geschichtlich gewordenen und daran ihre Rechtfertigung findenden Verhältnisse an, und sucht sie nur insoweit zu ändern und auszubauen, als die neu hervorgetretenen Bedürfnisse das erheischen. Insbesondere gilt das von der Aufrechterhaltung der Dreiteilung der gesamten Wählerchaft nach ihrer Leistung an direkten Staatssteuern, wozu auch in Zukunft die Leistung an der Ergänzungsteuer treten soll. Diese Dreiteilung hat sich ungeachtet der Kürze der Zeit, seit der sie bei uns besteht, doch schon in gewissen Sinne eingelebt. Sie ist auch, wie unumwunden von den verschiedensten preussischen Blättern wiederholt anerkannt worden, bei uns kaum von einem Schatten der Härten begleitet, die dem in Preussen geltenden Systeme anhaften. Nimmt man noch hinzu, daß nach den Regierungsvorschlägen auch noch neben der Steuerleistung der durch das Bestehen gewisser Examina dokumentierten Bildung ein Bonus eingeräumt werden soll, so wird man nicht umhin können, darin einen weiteren Schritt zur Milderung von immer noch der Bildung der Abteilungen anhaftenden Härten zu erblicken.“

Als vom konserwativen Standpunkte annehmbar wird insbesondere der Vorschlag begrüßt, daß den Hauptberufstätigen, und als solche werden immer Landwirtschaft, Handel und Gewerbe angesehen werden müssen, je gesonderte Vertreter in der Zweiten Kammer gesichert werden sollen. „Diese Stände werden immer das Rückgrat der staatsverwaltenden Elemente des Volkes bilden. Es muß daher Vorzorge getroffen werden, daß ihnen ein entsprechender Einfluß in der Volksvertretung gesichert wird.“ Bemängelt wird dagegen, in Uebereinstimmung mit der sofort von den „Dresdner Nachrichten“ geübten Kritik, daß die Denkschrift die berufständliche Vertretung weder auf die gelehrten Berufe (Juristen, Rechtsanwälte, Geistliche, Lehrer usw.) noch auf die Arbeiter ausdehnt, wenn auch die entgegenstehende praktische Schwierigkeit, daß zur Zeit für den Arbeiterstand eine für die Berufswahl geeignete Organisation fehlt, nicht unbeachtet gelassen wird. Dem Artikel erscheint es „unter den gegenwärtigen Verhältnissen bedenklich, solche ins Leben zu rufen: der Effekt hiervon könnte nur sein, daß dadurch ein neuer Stützpunkt für die revolutionäre, staats- und gesellschaftsfeindliche Sozialdemokratie im Lande künstlich geschaffen und dieser durch einen gewissen Zwang noch weitere Anhänger zugeführt würden.“

Die Bedenken des Artikels gegen die Regierungsvorschläge ähneln ohnehin in der Befürchtung, daß diese die Eindämmung der von der Sozialdemokratie drohenden Gefahren nicht in ausreichendem Maße verbürgen. Die Denkschrift rechnet mit der Möglichkeit, ja sogar Wahrscheinlichkeit, daß, falls die Vorschläge der Regierung über die Neugestaltung des Wahlrechts zur Annahme gelangen, sechzehn Angehörige der Sozialdemokratie ihren Einzug in die Zweite Kammer der Ständeversammlung halten würden. „Wir glauben“, heisst es in dem Artikel, „daß mit dieser Zahl es unter der gleichen Voraussetzung nicht sein Bewenden haben dürfte. Nach den Erfahrungen der letzten Zeit ist es, bei dem weitgehenden Terrorismus der sozialdemokratischen Führer, den sie durch Bogkott usw. auch auf andere Kreise auszuüben und in ihren Dienst zu zwingen vermögen, sehr wahrscheinlich, daß auch die von den Berechtigten zur Urwahl für die Generalkammer zu wählenden Abgeordneten aus Anhängern der Sozialdemokratie bestehen würden. Damit wäre die Wahrscheinlichkeit eines Anwachsens der sozialdemokratischen Mitglieder der Zweiten Kammer auf 26 gegeben. Das ist aber eine Zahl, die bei dem bekannten Auftreten der Angehörigen dieser Partei und ihrer Stellung zu dem Staate und dessen Einrichtungen die schwersten Bedenken für die ruhige und sachgemäße Behandlung der Staatsangelegenheiten und die Fortentwicklung unseres Staatslebens und die Befürchtung vor Erschütterungen unseres Verfassungslebens bei denklichster Art nahe legen muß. Die Sozialdemokratie arbeitet, wie erst noch auf dem Dresdner Parteitage von Bebel usw. dem drohenden Weisfall ausgesprochen worden, auf die Vernichtung des bestehenden Staates mit allen Mitteln hin. Wir würden daher mit offenen Augen und bewußt einer Partei die Wege ebnen, wenn wir ihren Vertretern den Einzug in so großer Zahl in die Zweite Kammer ermöglichen, zur Verwirklichung ihrer Ziele und damit uns unser eigenes Grab graben.“

Nicht einverstanden ist der Artikel mit den beiden Vorschlägen, daß die Unterschiede zwischen Stadt und Land bei der Einteilung der Wahlkreise in Wegfall kommen sollen und daß die Bildung der Abteilungen nicht wie bisher nach den Steuerleistungen innerhalb der einzelnen Orte erfolgen soll. „Wir geben zu“, so wird bemerkt, „daß seit 1831 die Verhältnisse zwischen Stadt und Land erheblich, sich verschoben haben. Wir können aber nicht anerkennen, daß es in dem Maße überall geschehen ist, daß die Verschmelzung der Wahlkreise von Stadt und Land allgemein als eine Notwendigkeit sich darstellt. Dem Bedürfnisse nach Eindämmung eines größeren Einflusses der Städte dürfte sehr wohl durch eine Vermehrung der sächsischen Wahlkreise Rechnung getragen werden und durch Eindämmung einer größeren Anzahl von Sitzen, die den Vertretern von Industrie und Handel vorzubehalten sein würden, in der Ersten Kammer.

Wir glauben auch, daß der Einfluß des Wählers auf den Ausfall der Wahl nach der Stellung zu bemessen sein dürfte, die er in seiner Gemeinde einnimmt.“

### Neueste Drahtmeldungen vom 16. Januar.

**Zur ostasiatischen Krise.**  
Petersburg. Der Botschafter in Japan, Graf G. G. Rasbun, hat dem Kaiser eine ausführliche Denkschrift über die Lage der Ostasiatischen Krise vorgelegt. In demselben wird die internationale Lage der Ostasiatischen Krise, insbesondere die Beziehungen zwischen Japan und Korea, eingehend besprochen. Die Denkschrift betont die Wichtigkeit der Beziehungen zwischen Japan und Korea und die Notwendigkeit, die Interessen Japans in Korea zu wahren. Sie fordert die Regierung auf, die Beziehungen zu Korea zu verbessern und die Interessen Japans zu wahren. Die Denkschrift ist eine wichtige Grundlage für die Regierung bei der Entscheidung über die Ostasiatische Krise.

**Sachsen.** Der sächsische Landtag hat am 16. Januar begonnen. Die Verhandlungen werden über die Wahlrechtsreform geführt. Die Regierungsvorschläge sind Gegenstand der Diskussion. Die Opposition fordert eine stärkere Berücksichtigung der Interessen der Arbeiter und der Kleinrentner. Die Verhandlungen werden bis zum Ende des Monats dauern.

**Berlin.** Der Reichstag hat am 16. Januar begonnen. Die Verhandlungen werden über die Wahlrechtsreform geführt. Die Regierungsvorschläge sind Gegenstand der Diskussion. Die Opposition fordert eine stärkere Berücksichtigung der Interessen der Arbeiter und der Kleinrentner. Die Verhandlungen werden bis zum Ende des Monats dauern.

**Frankfurt.** Der Reichstag hat am 16. Januar begonnen. Die Verhandlungen werden über die Wahlrechtsreform geführt. Die Regierungsvorschläge sind Gegenstand der Diskussion. Die Opposition fordert eine stärkere Berücksichtigung der Interessen der Arbeiter und der Kleinrentner. Die Verhandlungen werden bis zum Ende des Monats dauern.

**Dresden.** Der Reichstag hat am 16. Januar begonnen. Die Verhandlungen werden über die Wahlrechtsreform geführt. Die Regierungsvorschläge sind Gegenstand der Diskussion. Die Opposition fordert eine stärkere Berücksichtigung der Interessen der Arbeiter und der Kleinrentner. Die Verhandlungen werden bis zum Ende des Monats dauern.

**Leipzig.** Der Reichstag hat am 16. Januar begonnen. Die Verhandlungen werden über die Wahlrechtsreform geführt. Die Regierungsvorschläge sind Gegenstand der Diskussion. Die Opposition fordert eine stärkere Berücksichtigung der Interessen der Arbeiter und der Kleinrentner. Die Verhandlungen werden bis zum Ende des Monats dauern.

**Chemnitz.** Der Reichstag hat am 16. Januar begonnen. Die Verhandlungen werden über die Wahlrechtsreform geführt. Die Regierungsvorschläge sind Gegenstand der Diskussion. Die Opposition fordert eine stärkere Berücksichtigung der Interessen der Arbeiter und der Kleinrentner. Die Verhandlungen werden bis zum Ende des Monats dauern.

**Plauen.** Der Reichstag hat am 16. Januar begonnen. Die Verhandlungen werden über die Wahlrechtsreform geführt. Die Regierungsvorschläge sind Gegenstand der Diskussion. Die Opposition fordert eine stärkere Berücksichtigung der Interessen der Arbeiter und der Kleinrentner. Die Verhandlungen werden bis zum Ende des Monats dauern.

**Bayreuth.** Der Reichstag hat am 16. Januar begonnen. Die Verhandlungen werden über die Wahlrechtsreform geführt. Die Regierungsvorschläge sind Gegenstand der Diskussion. Die Opposition fordert eine stärkere Berücksichtigung der Interessen der Arbeiter und der Kleinrentner. Die Verhandlungen werden bis zum Ende des Monats dauern.

**Regensburg.** Der Reichstag hat am 16. Januar begonnen. Die Verhandlungen werden über die Wahlrechtsreform geführt. Die Regierungsvorschläge sind Gegenstand der Diskussion. Die Opposition fordert eine stärkere Berücksichtigung der Interessen der Arbeiter und der Kleinrentner. Die Verhandlungen werden bis zum Ende des Monats dauern.

**München.** Der Reichstag hat am 16. Januar begonnen. Die Verhandlungen werden über die Wahlrechtsreform geführt. Die Regierungsvorschläge sind Gegenstand der Diskussion. Die Opposition fordert eine stärkere Berücksichtigung der Interessen der Arbeiter und der Kleinrentner. Die Verhandlungen werden bis zum Ende des Monats dauern.